



Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
**Landesverband LSVD Queer-Mecklenburg-
Vorpommern**



LSVD Wahlprüfsteine zur Landtagswahl

Antworten der Parteien zum Thema: **Abstammungs- und Familienrecht für Regenbogenfamilien reformieren**

2. Wie wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Vielfalt der Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter- Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans oder inter* Eltern) abstammungs- und familienrechtlich abzusichern, die Kinder von Regenbogenfamilien und die gesellschaftliche Akzeptanz zu stärken?*

SPD Mecklenburg-Vorpommern

Unser Ziel ist die rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen. Wir wollen allen Familien – ob mit oder ohne Trauschein – die Möglichkeit geben, sich frei zu entfalten. Damit dies gelingt, setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Familien- und Abstammungsrecht zu modernisieren und den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Gemäß dem Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl wird die SPD vielfältige Familienmodelle rechtlich absichern. Mit der Verantwortungsgemeinschaft schaffen wir nach dem Vorbild des französischen „Pacte civil de solidarité (PACS) eine Möglichkeit des füreinander Einstehens für alle, zu deren Lebenssituation das herkömmliche Ehe-Modell nicht passt. Mit der Verantwortungsgemeinschaft unterstützen wir bspw. Regenbogenfamilien zusätzlich darin, füreinander Sorge zu tragen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sich mehrere Menschen mit oder anstelle der biologischen Eltern um Kinder kümmern. Dies werden wir auch im Bundesrat unterstützen.

CDU Mecklenburg-Vorpommern

Die Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir schützen. Eine Landesregierung unter Beteiligung der CDU wird alle diesbezüglichen Gesetzesvorlagen, die im Deutschen Bundestag die Zustimmung der Fraktion der CDU/CSU gefunden haben, im Bundesrat unterstützen.

AfD Mecklenburg-Vorpommern

Aktuell liegt ein Fall vor dem Bundesverfassungsgericht, hier bleibt die Entscheidung abzuwarten.

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern

Das Abstammungsrecht wollen wir so reformieren, dass bestehende Benachteiligungen von lesbischen und schwulen Ehen und Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen Ehen und Lebensgemeinschaften beseitigt werden. Das beinhaltet auch die rechtliche Anerkennung der Co-Elternschaft sowie von Trans*, intergeschlechtlichen und nicht binären Eltern. Dies muss auch rückwirkend gelten. Wir fordern ein Wahlverwandtschaftsrecht, in dem nicht nur (heterosexuelle) Paare Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jede Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt. Unsere Fraktionen im Landtag M-V und im Bundestag arbeiten eng zusammen und koordinieren ihr Handeln.

Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern

Regenbogenfamilien erhalten in der Regel die Geburtsurkunde für ihr Neugeborenes nur mit dem Eintrag einer Elternstelle, manchmal erhalten sie nicht mal eine Geburtsurkunde. Der zweite Elternteil findet abstammungsrechtlich nicht statt, da die Eltern nach aktuellem Rechtsstand nur Frau/Mutter und Mann/Vater sein können. Regenbogenfamilien in ihren verschiedenen Konstellationen sind im deutschen Recht noch nicht ausreichend vorgesehen. Erste Gerichte haben die Verfassungswidrigkeit dieses Umstandes festgestellt. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE gehen davon aus, dass man diese Sachlage nur zufriedenstellend klären kann, indem das Abstammungsrecht erst gar keinen Verweis auf das Geschlecht vornimmt. Es ist davon auszugehen, dass die Menschen, die gemeinsam entscheiden, ein Kind zu bekommen, dann auch in der Geburtsurkunde aufzunehmen sind und dies ganz unabhängig von ihrer Geschlechtszugehörigkeit. Dies würde Regenbogenfamilien vom Gang vor die Gerichte verschonen und ihnen Rechtssicherheit geben.

Weiter ist die Geschlechtszuweisung bei Geburt höchstproblematisch, da Intergeschlechtlichkeit nicht immer über das äußere Genitale sichtbar wird und die Geschlechtsidentität des Kindes nicht befragt werden kann. Aus diesem Grunde ist dem Kind bei Geburt erst gar kein Geschlecht zuzuweisen.

Daher treten wir im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür ein, dass sich Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat für ein LSBTIQ*-sensibles Abstammungs- und Familienrecht einsetzt.

FDP Mecklenburg-Vorpommern

Die Freien Demokraten treten für die Anerkennung von Mehrelternschaften und Elternschaftsvereinbarungen vor der Zeugung ein. Bis zu vier Elternteile sollen rechtliche Eltern sein können. Unabhängig von der Mehrelternschaft soll in Zwei-Mütter-Familien die Co-Mutter automatisch rechtliche Mutter sein, im Fall einer Samenspende oder mit Zustimmung des Vaters. So sollen lesbische Mütter gestärkt werden, ohne schwule Väter zu entrechten. Die Reproduktionsmedizin soll allen Menschen unabhängig von der sexuellen Orientierung zugänglich sein, inklusive Eizellspende und nicht-kommerzieller Leihmuttertschaft.

Die Auswertung und die kompletten Antworten aller Parteien finden Sie unter <https://queer-mv.de/wahlpruefsteine-lsvd-queer-mv-e-v#antwort>